



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

48. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 7. Juni 1994

Nummer 27

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2120 2124	31. 3. 1994	Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für - sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA) - Assistentinnen und Assistenten in der Zytologie (APOfAZy) und - Gesundheitsaufseher/innen (APO-Ges.-Aufs.)	224

2120
2124

Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für

- sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
- Assistentinnen und Assistenten in der Zytologie (APOfAZy) und
- Gesundheitsaufseher/innen (APO-Ges.-Aufs.)

Vom 31. März 1994

Aufgrund des Gesetzes über die Ermächtigung zum Er-
laß von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für Berufe
des Gesundheitswesens und der Alten- und Familienpflege
vom 6. Oktober 1987 (GV. NW. S. 342), zuletzt geändert
durch Gesetz vom 29. Oktober 1991 (GV. NW. S. 386), wird
verordnet:

Artikel I

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für sozialme-
dizinische Assistenten/Assistentinnen – APO-SMA – vom
18. März 1993 (GV. NW. S. 136) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) § 4 Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
„1. eine praktische Unterweisung von in der Regel
1340 Stunden und“
- b) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:
„(4) Die Ausbildung schließt mit der Prüfung als
SMA ab.“

2. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „des Ausbil-
dungsleiters“ durch die Wörter „der Ausbildungsbe-
hörde“ ersetzt.
- b) Absatz 5 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Inhalt und Dauer der praktischen Unterweisung
ergeben sich aus Anlage 4.“
- c) Absatz 6 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Hierüber entscheidet die Ausbildungsbehörde.“

Anlage 4

3. § 8 erhält folgende Fassung:

„§ 8

Lehrgang

- (1) Der theoretische Lehrgang (§ 4 Abs. 1 Nr. 2) wird an
der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in
Düsseldorf (Akademie) durchgeführt.
- (2) Der Lehrgang dauert unabhängig vom Zeitpunkt
der staatlichen Prüfung insgesamt mindestens 420
Stunden. Er kann in zwei Abschnitten durchgeführt
werden und schließt mit der Prüfung als SMA ab.
- (3) Die Unterrichtsfächer ergeben sich aus dem Lehr-
stoffplan der Anlage 5.“

Anlage 5

4. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
„1. einer bei einer Behörde beschäftigten ärztlichen
Kraft und“.
- b) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
„(3) Das Landesversorgungsamt – Prüfungsamt für Me-
dizin und Pharmazie – bestellt auf Vorschlag der Aka-
demie die Mitglieder des Prüfungsausschusses und
ihre Vertreter auf die Dauer von 5 Jahren.“

5. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist spätestens
acht Wochen vor Ende des Lehrgangs über die Ausbil-
dungsbehörde an das Landesprüfungsamt zu richten.“

- b) In Absatz 2 werden die Wörter „vorsitzführende Mit-
glied“ durch das Wort „Landesprüfungsamt“ ersetzt.

6. In § 13 Abs. 2 Satz 2 wird die Zahl „30“ durch die Zahl
„10“ ersetzt.

7. § 15 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Nach der mündlichen Prüfung stellt der Prüfungs-
ausschuß das Gesamtergebnis der Prüfung fest. Hierzu
werden die Noten der schriftlichen und der mündlichen
Prüfung jeweils mit 50 v. H. berücksichtigt. Dabei lautet
die Gesamtnote:

„sehr gut“	bei Werten unter 1,5,
„gut“	bei Werten von 1,5 bis unter 2,5,
„befriedigend“	bei Werten von 2,5 bis unter 3,5,
„ausreichend“	bei Werten von 3,5 bis unter 4,5,
„nicht bestanden“	ab 4,5.“

8. An § 19 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Das Landesprüfungsamt zieht das Zeugnis und die
Erlaubnisurkunde ein.“

9. § 22 erhält folgende Fassung:

„§ 22

(1) Das Landesprüfungsamt erteilt auf Antrag die Er-
laubnis nach § 21 nach Anlage 9, wenn

Anlage 9

1. die durch diese Verordnung oder die Vorläufige
Prüfungsordnung der Akademie für öffentliches
Gesundheitswesen in Düsseldorf für sozialmedizi-
nische Assistenten und Assistentinnen (Vorl. SMA-
PO) vom 25. Juni 1974 (MBL. NW. S. 914) vorgeschrie-
bene Ausbildung erfolgreich beendet und
2. die zur Ausübung des Berufs erforderliche Gesund-
heit und Zuverlässigkeit
gegeben sind.
- (2) Die in einem anderen Bundesland erteilte Erlaubnis
gilt auch in Nordrhein-Westfalen.“

10. § 23 erhält folgende Fassung:

„§ 23

Sonderregelungen für Inhaber von Diplomen,
Prüfungszeugnissen oder Befähigungsnachweisen
aus der Europäischen Union
oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens
über den Europäischen Wirtschaftsraum

(1) Eine außerhalb der Bundesrepublik Deutschland
erworbene abgeschlossene Ausbildung erfüllt die Vor-
aussetzungen des § 22 Abs. 1 Nr. 1, wenn sie gleichwer-
tig ist. Die Voraussetzung des § 22 Abs. 1 Nr. 1 gilt als
erfüllt, wenn die Ausbildung in einem anderen Mit-
gliedsstaat der Europäischen Union oder einem ande-
ren Vertragsstaat des Abkommens über den Europäi-
schen Wirtschaftsraum abgeschlossen wurde und dies
durch Vorlage eines den Mindestanforderungen des
Artikels 1 Buchstabe b der Richtlinie 92/51/EWG des
Rates vom 18. Juni 1992 über eine Zweite allgemeine
Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungs-
nachweise in Ergänzung zur Richtlinie 89/48/EWG
(ABl. EG Nr. L 209 S. 25) entsprechenden Prüfungs-
zeugnisses des betreffenden Mitgliedsstaates oder Ver-
tragsstaates des Abkommens über den Europäischen
Wirtschaftsraum nachgewiesen wird. Einem Prüfungs-
zeugnis nach Satz 2 steht gleich ein Befähigungsnach-
weis, der dem Artikel 1 Buchstabe c der Richtlinie
92/51/EWG entspricht, wenn nach Maßgabe des Arti-
kels 7 der genannten Richtlinie ein Anpassungslehrgang
erfolgreich abgeschlossen oder eine Eignungs-
prüfung erfolgreich abgelegt wurde. Der Anpassungs-
lehrgang darf die Dauer von zwei Jahren nicht über-
schreiten.

(2) Wer eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung
beantragt, kann zum Nachweis, daß die Voraussetzung
der Zuverlässigkeit nach § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verord-
nung vorliegt, eine von der zuständigen Behörde des
Heimat- oder Herkunftsstaates ausgestellte entspre-
chende Bescheinigung oder einen von einer solchen

Behörde ausgestellten Strafregistrauszug oder wenn ein solcher nicht beigebracht werden kann, einen gleichwertigen Nachweis vorlegen. Wurde der Beruf im Heimat- oder Herkunftsstaat bereits ausgeübt, kann die für die Erteilung der Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung zuständige Behörde bei der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates Auskünfte über etwaige berufs- oder strafrechtliche Maßnahmen wegen schwerwiegenden standeswidrigen Verhaltens oder strafbarer Handlungen, die die Ausübung des Berufes im Heimat- oder Herkunftsstaat betreffen, einholen. Hat die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde in den Fällen des Satzes 1 oder 2 von Tatbeständen Kenntnis, die außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes eingetreten sind und im Hinblick auf die Voraussetzungen des § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung von Bedeutung sein können, so hat sie die zuständige Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates zu unterrichten und sie zu bitten, diese Tatbestände zu überprüfen und ihr das Ergebnis und die Folgerungen, die sie hinsichtlich der von ihr ausgestellten Bescheinigungen und Nachweise daraus zieht, mitzuteilen. Die in den Sätzen 1 bis 3 genannten Bescheinigungen und Mitteilungen sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen der Beurteilung nur zugrunde gelegt werden, wenn bei der Vorlage die Ausstellung nicht mehr als 3 Monate zurückliegt.

(3) Wer eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragt, kann zum Nachweis, daß die gesundheitliche Voraussetzung nach § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung vorliegt, eine entsprechende Bescheinigung der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates vorlegen. Absatz 1 Satz 4 und 5 gilt entsprechend.

(4) Wer eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragt, kann auf Antrag die im Heimat- oder Herkunftsstaat bestehende rechtmäßige Ausbildungsbezeichnung und, soweit dies nach dem Recht des Heimat- oder Herkunftsstaates zulässig ist, die Abkürzung in der Sprache dieses Staates führen. Daneben sind Name und Ort der Lehranstalt, die die Ausbildungsbezeichnung verliehen hat, aufzuführen.

(5) Über den Antrag von Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum auf Erteilung der Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung ist kurzfristig, spätestens 4 Monate nach Vorlage der Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen der Verordnung zu entscheiden. Werden Auskünfte nach Absatz 2 Satz 2 oder 3 von der zuständigen Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates eingeholt, so wird der Ablauf der in Satz 1 genannten Frist bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem die Auskünfte eingehen oder, wenn eine Antwort des Heimat- oder Herkunftsstaates innerhalb von vier Monaten nicht eingeht, bis zum Ablauf dieser 4 Monate. Werden von der zuständigen Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates die in Absatz 2 Satz 1 genannten Bescheinigungen nicht ausgestellt oder die nach Absatz 2 Satz 2 oder 3 nachgefragten Mitteilungen innerhalb von vier Monaten nicht gemacht, können sie durch eine eidesstattliche Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde ersetzt werden.“

oder, wenn ein solcher nicht beigebracht werden kann, einen gleichwertigen Nachweis vorlegen. Hat der Antragsteller den Beruf im Heimat- oder Herkunftsstaat bereits ausgeübt, so kann die für die Erteilung der Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung zuständige Behörde bei der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates Auskünfte über etwa gegen den Antragsteller verhängte Strafen oder sonstige berufs- oder strafrechtliche Maßnahmen wegen schwerwiegenden standeswidrigen Verhaltens oder strafbarer Handlungen, die die Ausübung des Berufes im Heimat- oder Herkunftsstaat betreffen, einholen. Hat die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde in den Fällen des Satzes 1 oder 2 von Tatbeständen Kenntnis, die außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes eingetreten sind und im Hinblick auf die Voraussetzungen des § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung von Bedeutung sein können, so hat sie die zuständige Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates zu unterrichten und sie zu bitten, diese Tatbestände zu überprüfen und ihr das Ergebnis und die Folgerungen, die sie hinsichtlich der von ihr ausgestellten Bescheinigungen und Nachweise daraus zieht, mitzuteilen. Die in den Sätzen 1 bis 3 genannten Bescheinigungen und Mitteilungen sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen der Beurteilung nur zugrunde gelegt werden, wenn bei der Vorlage die Ausstellung nicht mehr als 3 Monate zurückliegt.

(6) Antragsteller, die eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragen, können zum Nachweis, daß die Voraussetzung der Gesundheit nach § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung vorliegt, eine entsprechende Bescheinigung der zuständigen Behörde ihres Heimat- oder Herkunftsstaates vorlegen.

(7) Antragsteller, die eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragen, können auf Antrag ihre im Heimat- oder Herkunftsstaat bestehende rechtmäßige Ausbildungsbezeichnung und, soweit dies nach dem Recht des Heimat- oder Herkunftsstaates zulässig ist, ihre Abkürzung in der Sprache dieses Staates führen. Daneben sind Name und Ort der Lehranstalt, die die Ausbildungsbezeichnung verliehen hat, aufzuführen.

(8) Über den Antrag eines Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum auf Erteilung der Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung ist kurzfristig, spätestens 4 Monate nach Vorlage der Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen des Gesetzes zu entscheiden. Werden Auskünfte nach Absatz 5 Satz 2 oder 3 von der zuständigen Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates eingeholt, so wird der Ablauf der in Satz 1 genannten Frist bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem die Auskünfte eingehen oder, wenn eine Antwort des Heimat- oder Herkunftsstaates innerhalb von vier Monaten nicht eingeht, bis zum Ablauf dieser 4 Monate. Werden von der zuständigen Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates die in Absatz 5 Satz 1 genannten Bescheinigungen nicht ausgestellt oder die nach Absatz 5 Satz 2 oder 3 nachgefragten Mitteilungen innerhalb von vier Monaten nicht gemacht, kann der Antragsteller sie durch eine eidesstattliche Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde ersetzen.“

Anlagen 1-9 11. Die Anlagen 1 bis 10 werden durch die Anlagen 1 bis 9 zu dieser Verordnung ersetzt.

Artikel II

Änderungen anderer Verordnungen

1. Nach § 22 Abs. 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Assistentinnen und Assistenten in der Zytologie (APOfAZy) vom 25. Oktober 1989 (GV. NW. S. 574), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. März 1993 (GV. NW. S. 136) werden folgende Absätze 5 bis 8 angefügt:

„(5) Antragsteller, die eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragen, können zum Nachweis, daß die Voraussetzung der Zuverlässigkeit nach § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung vorliegt, eine von der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates ausgestellte entsprechende Bescheinigung oder einen von einer solchen Behörde ausgestellten Strafregistrauszug

2. Nach § 22 Abs. 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Gesundheitsaufseher/innen (APO-Ges.-Aufs.) vom 22. Oktober 1988 (GV. NW. S. 436), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. März 1993 (GV. NW. S. 136) werden folgende Absätze 4 bis 7 angefügt:

„(4) Antragsteller, die eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragen, können zum Nachweis, daß die Voraussetzung der Zuverlässigkeit nach § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung vorliegt, eine von der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates ausgestellte entsprechende Bescheinigung oder einen von einer solchen Behörde ausgestellten Strafregistrauszug oder, wenn ein solcher nicht beigebracht werden kann, einen gleichwertigen Nachweis vorlegen. Hat der Antragsteller den Beruf im Heimat- oder Herkunftsstaat bereits ausgeübt, so kann die für die Erteilung der Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung zuständige Behörde bei der zuständigen Behörde des Heimat- oder Herkunftsstaates Auskünfte über etwa gegen den Antrag-

steller verhängte Strafen oder sonstige berufs- oder strafrechtliche Maßnahmen wegen schwerwiegenden standeswidrigen Verhaltens oder straffbarer Handlungen, die die Ausübung des Berufes im Heimat- oder Herkunftsstaat betreffen, einholen. Hat die für die Erteilung der Erlaubnis zuständige Behörde in den Fällen des Satzes 1 oder 2 von Tatbeständen Kenntnis, die außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes eingetreten sind und im Hinblick auf die Voraussetzungen des § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung von Bedeutung sein können, so hat sie die zuständige Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates zu unterrichten und sie zu bitten, diese Tatbestände zu überprüfen und ihr das Ergebnis und die Folgerungen, die sie hinsichtlich der von ihr ausgestellten Bescheinigungen und Nachweise daraus zieht, mitzuteilen. Die in den Sätzen 1 bis 3 genannten Bescheinigungen und Mitteilungen sind vertraulich zu behandeln. Sie dürfen der Beurteilung nur zugrunde gelegt werden, wenn bei der Vorlage die Ausstellung nicht mehr als 3 Monate zurückliegt.

(5) Antragsteller, die eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragen, können zum Nachweis, daß die Voraussetzung der Gesundheit nach § 22 Abs. 1 Nr. 2 dieser Verordnung vorliegt, eine entsprechende Bescheinigung der zuständigen Behörde ihres Heimat- oder Herkunftsstaates vorlegen.

(6) Antragsteller, die eine Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung beantragen, können auf Antrag ihre im Heimat- oder Herkunftsstaat bestehende rechtmäßige Ausbildungsbezeichnung und, soweit dies nach dem Recht des Heimat- oder Herkunftsstaates zulässig ist, ihre Abkürzung in der Sprache dieses Staates führen. Daneben sind Name und Ort der Lehranstalt, die die Ausbildungsbezeichnung verliehen hat, aufzuführen.

(7) Über den Antrag eines Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum auf Erteilung der Erlaubnis nach § 21 dieser Verordnung ist kurzfristig, spätestens 4 Monate nach Vorlage der Nachweise über das Vorliegen der Voraussetzungen des Gesetzes zu entscheiden. Werden Auskünfte nach Absatz 4 Satz 2 oder 3 von der zuständigen Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates eingeholt, so wird der Ablauf der in Satz 1 genannten Frist bis zu dem Zeitpunkt gehemmt, zu dem die Auskünfte eingehen oder, wenn eine Antwort des Heimat- oder Herkunftsstaates innerhalb von vier Monaten nicht eingeht, bis zum Ablauf dieser 4 Monate. Werden von der zuständigen Stelle des Heimat- oder Herkunftsstaates die in Absatz 4 Satz 1 genannten Bescheinigungen nicht ausgestellt oder die nach Absatz 4 Satz 2 oder 3 nachgefragten Mitteilungen innerhalb von vier Monaten nicht gemacht, kann der Antragsteller sie durch eine eidesstattliche Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde ersetzen.“

Artikel III

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 31. März 1994

Der Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Müntefering

Anlage 1

Berichtsheft

nach § 7 Abs. 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

Name:

Ausbildungsbehörde:

Dienststelle/ Einrichtung	Datum von	bis	Sachgebiet der praktischen Tätigkeit und Einzelheiten der Beschäftigung	Sichtvermerk
------------------------------	--------------	-----	--	--------------

.....
(Ausbildungsbehörde)

**Bescheinigung
über die praktische Unterweisung**
nach § 7 Abs. 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

Ausbildungsstelle:

Herr/Frau

.....
.....
hat von bis
an der praktischen Unterweisung regelmäßig teilgenommen. Er/Sie hat in dieser Zeit ganztätig mitgearbeitet und ein
Berichtsheft geführt¹⁾.

Die Unterweisung ist nicht/von bis
wegen unterbrochen worden.¹⁾

....., den
(Ort) (Datum)

(Siegel der Ausbildungsbehörde)

.....
(Unterschrift)

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen.

Akademie für öffentliches Gesundheitswesen
Auf'm Hennekamp 70
40225 Düsseldorf

Bescheinigung
über die Teilnahme am theoretischen Lehrgang
nach § 7 Abs. 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

Herr/Frau

hat an dem theoretischen Lehrgang für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen

vom bis mit Erfolg teilgenommen.

Der theoretische Lehrgang ist nicht/vom bis

wegen unterbrochen worden.¹⁾

Düsseldorf, den

(Siegel der Akademie)

.....
(Unterschrift des Lehrgangsleiters)

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen.

**Ausbildungsplan
für die Praktische Ausbildung**

nach § 7 Abs. 5 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

Ausbildungsstelle	Ausbildungsziele im Rahmen der Zuständigkeit der jeweiligen Fachrichtung
1. Gesundheitsamt (500 Stunden)	Einführung in Struktur und Aufgabenbereiche des ÖGD einschließlich Rechtsgrundlagen; berufspraktische Einweisung in Haushaltsrecht, Verwaltungs- und Bürokunde; Einführung in Funktion und Arbeitsweise verschiedener Fürsorge- und Beratungsstellen zur Gesundheitspflege und -hilfe; Anleitung und praktische Mitarbeit an Einzelaufgaben zur Gesundheitsvorsorge, Berichtswesen und Dokumentation
2. Fachkrankenhaus für Psychiatrie oder psychiatrische Fachabteilung eines Krankenhauses (250 Stunden)	berufspraktische Einweisung in Untersuchung von und Umgang mit psychisch Kranken; Einführung in gruppentherapeutische Techniken und Organisationsformen gemeindenaher Betreuung
3. Einrichtung für Körperbehinderte (250 Stunden)	berufspraktische Einweisung in Untersuchung von und Umgang mit Körperbehinderten; Einführung in Körperbehindertenpflege und Organisationsformen gemeindenaher Betreuung
4. Kinderkrankenhaus oder pädiatrische Fachabteilung des Krankenhauses (max. 340 Stunden gem. § 7 Abs. 2)	berufspraktische Einweisung in Untersuchung und Pflege kranker Kinder
oder	oder
Fachabteilung für Innere Medizin eines Krankenhauses (max. 340 Stunden gem. § 7 Abs. 2)	berufspraktische Einweisung in Untersuchung und Pflege kranker Erwachsener

Lehrstoffplan für den theoretischen Lehrgang

Übersicht

nach § 8 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

Unterrichtsfächer	Vorlesungs- und Übungsstunden
1. Berufspraktische Rechts- und Verwaltungskunde	
– ÖGW, Gesundheitsverwaltung (u. a. Institutionen, Behördenorganisation, Rechts- und Fachaufsicht)	20
– allgemeine Grundlagen des Haushalts- und Rechnungswesens, des Dienstrechts und der Berufskunde	20
– gesundheitsbezogene Rechtsgrundlagen, soziales Sicherungssystem	20
– allgemeine Grundlage der Sozial- und Jugendhilfe	20
	<u>80</u>
2. Epidemiologisch bedeutsame Krankheiten und Gesundheitsrisiken	
– Epidemiologie nichtübertragbarer Krankheiten und Gesundheitsstörungen (u. a. Herz-Kreislaufkrankheiten, Krebs, psychische und altersbedingte Beeinträchtigungen, gesundheitsschädigendes Verhalten)	16
– Epidemiologie übertragbarer Krankheiten und Gesundheitsstörungen (u. a. Geschlechtskrankheiten, AIDS, Tbc, infektiöse Kinderkrankheiten)	16
– regionale Gesundheitsplanung	8
– methodische Grundlagen (u. a. epidemiologische Untersuchungs-/Befragungstechniken, Screeningansatz, Operationalisierung, Standardisierung)	20
	<u>60</u>
3. Berichtswesen und Dokumentation	
– Informationssysteme im Gesundheitsamt (u. a. im jugendärztlichen, amtsärztlichen, sozial-psychiatrischen Dienst), Datenschutz	12
– Berichts- und Dokumentationsformen (u. a. behördlicher Schriftverkehr, Registratur, Formular- und Karteiwesen)	12
– methodische Grundlagen (u. a. Datenerhebung, Codierung, EDV-Bearbeitung, deskriptive Auswertetechniken)	24
– Medizinalstatistik, regionale Gesundheitsberichterstattung	12
	<u>60</u>
4. Gesundheitsvorsorge und -förderung	
– Gesundheitsvorsorge – Angebote des ÖGD für Säuglinge, Kinder und Jugendliche (u. a. Mütterberatung, Impfungen, jugendärztliche Spezialsprechstunden)	16
– Gesundheitsvorsorge – Angebote des ÖGD für Erwachsene und ältere Menschen (u. a. Schwangeren- und Familienberatung, Raucher- und Ernährungsberatung)	16
– regionale Angebote anderer Träger zur Gesundheitsvorsorge/-förderung	8
– soziologische, psychologische und pädagogische Aspekte gesundheitsbezogenen Verhaltens, Kommunikation	16
– spezielle kommunikative Fertigkeiten (u. a. Kontaktaufbau und Gesprächsführung bei Beratung und Betreuung, Auswahl und Einsatz von Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Organisations- und Planungstechniken)	24
	<u>80</u>
5. Gesundheitspflege und -hilfe	
– Untersuchungs-, Beratungs- und Betreuungsdienste des ÖGD für Säuglinge, Kinder und Jugendliche (u. a. Spezialsprechstunden, Hausbesuche)	24
– Untersuchungs-, Beratungs- und Betreuungsdienste des ÖGD für ältere Menschen, Behinderte, chronisch Kranke, Drogen- und Alkoholgefährdete, psychisch Kranke, Geschlechts-, AIDS- und Tbc-Kranke (u. a. Spezialsprechstunden, Hausbesuche)	40
– spezielle Rechtsgrundlagen der Sozial- und Jugendhilfe (u. a. vorbeugende Gesundheits-hilfen, nachgehende Kranken- und Behindertenhilfen, Hilfe bei Pflegefällen, chronischen Krankheiten)	24
– regionale Dienste anderer Träger der Gesundheitspflege und -hilfe	12
	<u>100</u>
Exkursionen	40
Summe	420

Landesversorgungsamt
– Prüfungsamt für
Medizin und Pharmazie –

Niederschrift
über die Durchführung des schriftlichen Teils der Prüfung
nach § 12 Abs. 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO/SMA)
vom 31. März 1994

am in der Zeit von Uhr bis Uhr.

Auswahlthema: 1.

2.

3.

Die Aufsicht führte ich.

Jedem Prüfling wurden die vollständigen Prüfungsunterlagen und die zugelassenen Hilfsmittel ausgehändigt.

Die Prüflinge wurden darauf hingewiesen, daß die gesamte Prüfung bei erheblichen Störungen oder einem Täuschungsversuch als nicht bestanden bewertet werden kann.

Unregelmäßigkeiten:

.....

.....

Während der für die Arbeit festgesetzten Zeit haben den Prüfungsraum verlassen:

Vor- und Familienname:

Dauer der Abwesenheit von Uhr bis Uhr.

Der Zeitpunkt des Beginns der Bearbeitungsfrist und der Zeitpunkt der Abgabe wurde auf jeder Arbeit vermerkt.

Bemerkungen:

.....

.....

Die abgegebenen Prüfungsarbeiten habe ich vollständig eingesammelt.

Ich versichere pflichtgemäß, daß außer den angegebenen keine Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sind.

....., den
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschrift)

Akademie für öffentliches
Gesundheitswesen in Düsseldorf
– Der Prüfungsausschuß –
für SMA

Prüfungsniederschrift

nach § 14 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

.....
(Name, Vorname)

.....
(Geburtsort, -datum)

.....
(Ausbildungsbehörde)

hat sich der Prüfung nach den Bestimmungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA) vom 18. März 1993 (GV. NW. S. 136), geändert durch Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen vom 31. März 1994 (GV. NW. S. 224) unterzogen und ist zu dieser Prüfung durch Entscheidung vom zugelassen worden.

- ☐ Erstprüfung (s. Seite 2)
☐ Wiederholungsprüfung

Zusammensetzung des Prüfungsausschusses

Vorsitzführendes Mitglied:

weitere Mitglieder:

.....

.....

.....

Der schriftliche Teil der Prüfung hat am stattgefunden.

Aufsichtsperson

Die mündliche Prüfung hat am stattgefunden.

Gegenstände der Prüfung:

.....

.....

Die Prüfungsleistungen wurden im schriftlichen und mündlichen Teil der Prüfung mit je 50 v.H. bewertet:

1. Schriftliche Prüfung:	Note	Anteil	Wert
Arbeit 1 =		x 0,25	} 50 v.H.
Arbeit 2 =		x 0,25	
2. Mündliche Prüfung:			
Fach 1 =			} 50 v.H.
Fach 2 =			
Fach 3 =			
Fach 4 =			
Fach 5 =			
Summenwert			

Gesamtnote

- ☐ Die Prüfung ist bestanden; dem Prüfling ist das Ergebnis mitgeteilt worden.
- ☐ Die Prüfung ist nicht bestanden; dem Prüfling ist das Ergebnis mitgeteilt worden.
- ☐ Der Prüfling hat die Wiederholungsprüfung nicht bestanden; dem Prüfling ist mitgeteilt worden, daß eine Zulassung zu einem erneuten Lehrgang oder zu einer Prüfung nicht gestattet ist.

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Vorsitzendes Mitglied)

Weitere Mitglieder:

.....
.....
.....

.....
.....
.....

Landesversorgungsamt
– Prüfungsamt für Medizin und Pharmazie –

Zeugnis

über

die Prüfung als sozialmedizinische(r) Assistent(in)

nach § 17 Abs. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

Herr/Frau

geboren am in

hat am vor dem Prüfungsausschuß in

die Prüfung als sozialmedizinische(r) Assistent(in) nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA) vom 18. März 1993 (GV. NW. S. 136), geändert durch Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen vom 31. März 1994 (GV. NW. S. 224) mit der Gesamtnote: bestanden.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

Vorsitzendes Mitglied
des Prüfungsausschusses

(Siegel)

.....
(Unterschrift)

Urkunde

**über die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung
Sozialmedizinischer Assistent/Sozialmedizinische Assistentin**
nach § 22 Abs. 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen (APO-SMA)
vom 31. März 1994

Herr/Frau

geb. am in

erhält mit Wirkung vom heutigen Tage die Erlaubnis, die Berufsbezeichnung

Sozialmedizinische(r) Assistent(in)

gemäß § 21 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen vom 18. März 1993 (GV. NW. S. 136), geändert durch Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für sozialmedizinische Assistenten/Assistentinnen vom 31. März 1994 (GV. NW. S. 224) zu führen.

.....
(Ort)

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift)

(Siegel)

– GV. NW. 1994 S. 224.

Einzelpreis dieser Nummer 3,70 DM

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 95,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelprestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359